

Chemo-Keule gesetzwidrig!

Gilt das Grundgesetz nicht für die Polizei?

Erinnern wir uns: Herstellung, Lagerung und erst recht natürlich der Gebrauch von ABC-Waffen (Atomare, Biologische und Chemische Waffen) ist der Bundesrepublik Deutschland von den alliierten Siegermächten nach wie vor grundsätzlich untersagt.

Der Gebrauch chemischer Waffen, zu denen auch Trünnengas gehört, ist demnach hierzulande nicht statthaft.

Um so unbegreiflicher erscheint es, daß ausgerechnet das Sicherheitsorgan unseres demokratischen Staates, die Polizei, sich solche Waffen zu eigen macht. So hat sie jetzt zusätzlich zu ihrem ohnehin reichhaltigen Arsenal an Waffen verschiedener Art ihre neueste chemische Waffe, die sogenannte C H E M O = K E U L E, bedenkenlos gegen die Umweltschützer in Brokdorf mit verheerendem "Erfolg" eingesetzt:

Über 50 Bürger erlittenätzende Haut- und Augenverletzungen.

Der "Nachweis" für die fragwürdige "Wirksamkeit" dieser Waffe wurde damit erbracht.

Indessen meinen wir, daß der Einsatz dieser chemischen Waffe durch die Polizei der friedfertigen Bundesrepublik -zudem gegen wache Staatsbürger- erhebliche Zweifeln an der demokratischen Gesinnung der hierfür Verantwortlichen wachrufen muß. Immerhin gibt es in unserem Grundgesetz das in Artikel 2 (1) verankerte Grundrecht eines jeden Bürgers auf "Leben" und "körperliche Unversehrtheit".

Durch die mit der C H E M O = K E U L E gegen die Brokdorfer Atomgegner vorgehenden Polizeikräfte ist die körperliche Unversehrtheit zahlreicher Bürger in grundgesetzwidriger Weise verletzt worden.

Alle Beteiligten -vom einzelnen Polizisten bis hin zum für den Gesamteinsatz verantwortlichen Kieler Ministerpräsidenten Stoltenberg (CDU)- haben sich eines schweren sträflichen Verfassungsbruchs schuldig gemacht, der nicht ungesühnt bleiben darf. Schließlich sind sie alle ausdrücklich auf das Grundgesetz vereidigt worden. Kein Polizist kann sich daher auf einen "Befehlsnotstand" herausreden, weil er -nur auf seine Laufbahn bedacht- einen grundgesetzwidrigen Befehl in blindem Gehorsam glaubt ausführen zu müssen.

Die A U D als eine Partei, die den Lebensschutz in den Mittelpunkt jeglicher politischer Arbeit stellt, fühlt sich deswegen zu folgenden Forderungen verpflichtet:

- Die beim Polizeieinsatz in Brokdorf verletzten Atomgegner haben einen Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld sowie auf gerichtliche Feststellung, daß sie von den Sicherheitsorganen ihres eigenen Staates in gesetzwidriger Weise "körperlich versehrt" worden sind. Ihnen ist angemessener Rechtsschutz und entsprechende Hilfe zu gewähren.
- Die Verantwortlichen für den polizeilichen Einsatz der C H E M O = K E U L E in Brokdorf sind als Rechtsbrecher zur Rechenschaft zu ziehen.
- Der weitere Gebrauch der C H E M O = K E U L E durch Polizeiorgane ist, weil ungesetzlich, sofort zu verboten.

Die A U D fordert auch Sie als einen auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Mitbürger auf, sich diese Forderungen zu eigen zu machen. Ihre Zustimmungserklärung richten Sie bitte an:

Dr.-Ing.Günther Heydt, [REDACTED],
Referent für Umweltschutz des Landesvorstandes Hamburg der A U D.

Dieses Flugblatt ist nicht mit Steuergeld finanziert!

SCHAFT · AUD · AKTIONSGEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER DEUTSCHER · AUD · PARTEI FÜR DAS LEBEN · AUD · AKTIONSG

Verantw.: Dr-Ing-G. Heydt.-

A U D - Eigendruck.